

# Pressemitteilung

Vaterstetten, 20. Februar 2019

## Windenergie: 10H-Abstandsregel bleibt

Arbeitskreis Energiewende Vaterstetten von den Ministern Aiwanger und Glauber enttäuscht

Der Arbeitskreis Energiewende Vaterstetten hat im Dezember 2018 in einem Schreiben an den bayerischen Wirtschaftsminister Aiwanger und den Umweltminister Glauber (beide Freie Wähler) darum gebeten die völlig überzogene 10H-Abstandsregel für Windenergieanlagen abzuschaffen. „Nachdem die Antwort von Herrn Aiwanger doch etwas schwammig war, haben wir uns dazu entschlossen die beiden Minister noch mal auf die konkreten Probleme vor Ort hinzuweisen“, sagen die beiden Sprecher Ute Schneider-Maxon und Klaus Wimmer dazu. Im Schreiben vom 5. Februar 2019 erinnert der Arbeitskreis außerdem daran, dass die Freien Wähler in ihrem Dringlichkeitsantrag vom Oktober 2017, als sie noch in der Opposition waren, 10H eindeutig als Windenergieverhinderungsregel einstufen und diese im Sinne der Energiewende unverzüglich abgeschafft werden muss.

In der E-Mail vom 15. Februar 2019 aus dem bayerischen Umweltministerium an den Arbeitskreis Energiewende Vaterstetten steht, dass die sogenannte 10 H-Regelung, die am 21. November 2014 in Kraft getreten ist und für den Bau von Windenergieanlagen in Bayern einen Mindestabstand vom 10-fachen ihrer Höhe zur nächsten Wohnbebauung vorsieht, weiterhin gelten soll. „Dieser Sinneswandel ist für uns nicht nachvollziehbar“, so Werner Kümmel, selbst Mitglied der Freien Wähler, dazu.

In der E-Mail steht weiter, dass im November 2017 eine Expertenanhörung im Wirtschaftsausschuss des bayerischen Landtags zur 10H-Regelung stattgefunden hat. Im Ergebnis wurde dabei deutlich, dass die Regelung den Bau von Windenergieanlagen zwar nicht ganz unmöglich macht, aber doch wesentlich erschwert hat, da der Aufwand insbesondere für die Kommunen sehr groß sei. Im Laufe dieser Legislaturperiode soll erneut eine Evaluierung stattfinden.

Für den Arbeitskreis Energiewende ist es unverständlich, dass, obwohl die gravierenden Probleme dieser willkürlich festgelegten Abstandsregelung bekannt sind, nicht reagiert wird. Wir sind von den beiden Ministern maßlos enttäuscht. Anstatt die Energiewende weiter auszubremsen, hätten wir von der neuen bayerischen Staatsregierung eine Ausbauoffensive für die erneuerbaren Energien erwartet.

Sepp Mittermeier  
Pressesprecher Energiewende Vaterstetten